

Bündnis 90 DIE GRÜNEN

Informationszeitung von Fraktion und Ortsverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN Mörfelden-Walldorf

Flughafenbanner • CETA+TTIP • Neue Koalition • Tempo 30 • Klimaschutz • Neubau Lidl-Markt
Betriebsstraße • Sozialwohnungen • Behördenposse Mühlpfädchen



Wieder Flughafen-Banner in der Stadt
Aktion der BI in der Gerauer Straße (Seite 3)

Foto: Walter Keber

Tempo 30 vor Kitas und Schulen abgelehnt

Neue Koalition will die Zeit zurückdrehen



Vor dem katholischen Kindergarten in der Frankfurter Straße wird weiter Tempo 50 (und mehr) gefahren.



Eigentlich unglaublich: Tempo 30 vor der Kita 11 auf dem engen und vielbefahrenen Nordring wurde abgelehnt.

Die GRÜNE-Fraktion hatte im Stadtparlament beantragt, noch bestehende Lücken bei den Tempo-30-Zonen in unserer Stadt zu schließen und mehr Sicherheit vor Kindertagesstätten und Schulen zu schaffen.

Dabei hatten wir insbesondere die Kita der katholischen Kirche in der Frankfurter Straße in Mörfelden und die städtische Kita im Nordring in Walldorf im Auge. Hier gibt es noch keine Tempo-30-Bereiche, da die SPD dies als unser früherer Koalitionspartner in der Vergangenheit stets blockiert hatte.

Angesichts der aktuellen Hinweise von Eltern auf Probleme mit dem Straßenverkehr vor Schulen und Kitas unserer Stadt konnte man eventuell auf ein Umdenken bei den Sozialdemokraten und ihren neuen Partnern FW und FDP in der Verkehrspolitik und damit auf eine Entscheidung für die Sicherheit der Kinder in unserer Stadt hoffen. Schließlich wollen sogar die Verkehrsminister der Bundesländer zukünftig ein generelles Tempolimit vor Kitas, Schulen und Altenheimen einführen.

Doch weit gefehlt; der GRÜNE Antrag wurde nicht nur abgelehnt, sondern geradezu ins Gegenteil verkehrt. Jetzt sollen nach dem

>>>

EILMELDUNG

SPD, FREIE WÄHLER und FDP erhöhen die Grundsteuer zum 1.1.17 um 33% auf 790 Punkte! Mehr dazu auf Seite 10

Willen der neuen Koalition sogar schon bestehende Tempo-30-Bereiche wieder aufgehoben werden. Die neuen Herren im Parlament wollen jetzt wieder „Freie Fahrt für freie Wähler“ durchsetzen, ohne Rücksicht auf die schwächeren Verkehrsteilnehmer.

Um was geht es eigentlich:

Tempo 30 bedeutet gegenüber 50 km/h mehr Verkehrssicherheit für Alle, deutlich weniger Unfälle, eine durchschnittliche Senkung der Lärmbelastung um 2,7 dB(A) und ein geringerer Ausstoß von Schadstoffen wie CO₂, Feinstaub und Stickoxiden.

In Deutschland passieren $\frac{3}{4}$ aller Verkehrsunfälle innerhalb von Ortschaften, hauptsächlich wegen überhöhter Geschwindigkeit. Der entscheidende Vorteil von Tempo 30 ist dabei: Der Anhalteweg (Reaktionsweg + Bremsweg) reduziert sich um mehr als die Hälfte gegenüber Tempo 50! Oder anders gesagt: Bevor der Autofahrer bei Tempo 50 überhaupt das Bremspedal berührt hat, hat er bei Tempo 30 schon angehalten. In Kiel sanken etwa die Unfallzahlen durch die Einführung von Tempo 30 in 10 Jahren um über 80 %.

Dagegen ist der Zeitgewinn bei Tempo 50 äußerst gering: Auf einer Strecke von 500 m beträgt er lediglich 24 Sekunden gegenüber Tempo 30. Da sollte uns die Sicherheit unserer Kinder allemal Wert sein.

Halteverbote und Hol- und Bringzonen

Desweiteren hatte die GRÜNE Fraktion beantragt, sich der manchmal chaotischen Verkehrssituationen vor den Kitas und Schulen beim Bringen und Abholen der Kinder anzunehmen. Durch die Eltern-Taxis ist das Verkehrsaufkommen vor den Einrichtungen in den letzten Jahren stark angestiegen, was oft zu gefährlichen Situationen für die ankommenden Kindern führt.

Ziel ist es, die Verkehrssituation vor dem Eingangsbereich übersichtlicher zu gestalten und die Gefährdung der Kinder zu reduzieren. Dazu kann ein Halteverbot im Eingangsbereich sinnvoll sein. Ebenso ist an die Einrichtung von „Hol und Bring-Zonen“ zu denken, die in einem gewissen Abstand vor Kita bzw. Schule als Elternhaltestelle dienen und den Kindern die Möglichkeit geben sollen, eigenständig die letzten Meter zur Einrichtung zu-



Vorbei mit Tempo 30: Vor der Kita 1 an der Farmstraße soll demnächst wieder gerast werden.

rückzulegen. So wird die Selbständigkeit und das Selbstbewusstsein der Kinder gefördert und gefährliche Situationen vor Kitas und Schulen vermieden.

Diese beiden Aspekte werden jetzt immerhin von der Verwaltung geprüft. Wir werden sehen, ob und wann etwas dabei herauskommt.

Wieder keine Rücksicht auf den Baumbestand?

Wilhelm-Arnoul-Schule in Walldorf wird erweitert



Sie stand schon, als hier noch gar keine Schule war: Diese schöne Eiche mit einem Stammumfang von 270 cm dürfte gut 100 Jahre alt sein. Wenn es nach den Plänen des Kreises geht, wird sie nicht mehr viel älter werden.

Man konnte es beim Neubau der Waldenschule in der Waldstraße gerade wieder erleben: Der Erhalt des wertvollen, alten Baumbestands spielt bei Planern, Architekten und Bürokraten – Bauherr ist hier die Kreisverwaltung Groß-Gerau – meist keine Rolle. 2012 hatte das Architekturbüro die Ausschreibung noch mit dem Versprechen gewonnen, dass die meisten bestehenden großen Bäume erhalten bleiben und integrieren werden sollen. Doch heute steht im östlichen Bereich kein einziger Baum mehr.

Nun droht das Gleiche wieder beim Ausbau der Wilhelm-Arnoul-Schule in Walldorf. Die Erweiterung der Gebäude dient dem begrüßenswerten Ausbau des Ganztagsangebots der Schule. Das Schulgelände nimmt mit seinem schattenspendenden Baumbestand (ca. 50 große, ältere Bäume) und den weiteren Grünanlagen eine besondere Stellung im Stadtgebiet ein. Insbesondere die großen Eichen zur Waldstraße hin dürften als erhaltenswert angesehen werden.

Laut Auskunft der Schule stehen beim Ausbau mehrere Varianten zur Diskussion. Man kann nur hoffen, dass hier nicht auch wieder alles plattgemacht wird.

Langgasse 36



Wieder Flughafen-Banner in der Stadt

Aktuell gibt es 8 Standorte ... und es werden noch mehr!

Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßen die Aktion der Bürgerinitiative, den Protest gegen die Flughafenerweiterung und für ein ‚echtes‘ Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr im Stadtgebiet wieder sichtbar werden zu lassen.

Am 24.9.16 fand der Aktionstag der Bürgerinitiative statt. An Privathäusern wurden die sogenannten „Flughafen-Banner“ – nach dem Vorbild der vor einigen Wochen von städtischen Gebäuden abgehängten Transparente – wieder neu aufgehängt.

Auch DIE GRÜNEN haben sich an den Aktionen kräftig beteiligt. In einer Nacht und Nebel-Aktion wurde das Walldorfer Rathaus gekapert und die Fenster des Büros der

GRÜNEN-Fraktion mit einem Flughafen-Banner geschmückt. Dieser spezielle Protest am Rathaus war aber nur für kurze Zeit geplant. Unser Protest richtet sich zudem gegen die Neuausrichtung der Flughafenpolitik der SPD, FW, FDP-Koalition. Die GRÜNEN werden auch weiterhin gegen Lärm und Abgase Stellung beziehen, denn Gesundheit und Lebensqualität haben für uns Vorrang.

Die neue Koalition wird mit einer „Willkommen Fraport“-Politik keine Erfolge erzielen, sondern vielmehr das bisher durch Standhaftigkeit und Gerichtsurteile Erreichte gefährden. Es ist erfreulich, dass jetzt mehr Banner in der Stadt hängen als zuvor, weil die BürgerInnen der Stadt bereit sind, Flagge zu zeigen.

3 Tage lang hing auch wieder ein Banner am Rathaus Walldorf



Langener Straße



Hintergasse



Langgasse 38



Bald keine Märkte mehr in der Innenstadt?

Lidl will am Ortsrand Mörfeldens erheblich vergrößern

Kürzlich hat das Stadtparlament mit den Stimmen der neuen Koalition und der CDU für den Neubau des Lidl-Marktes in der Gerauer Straße votiert. GRÜNE und DKP stimmten gegen die großflächige Erweiterung der Verkaufsfläche.

Lidl will seinen bisherigen Markt im Gewerbegebiet Süd modernisieren, inhaltlich völlig neu ausrichten und dazu die Verkaufsfläche um 55 % auf dann 1.400 m² erweitern. Dazu muss allerdings noch der Bebauungsplan geändert werden, denn dies ist hier aus gutem Grund bisher gar nicht erlaubt.

Für die GRÜNEN ist klar, dass jeder Ausbau des Einzelhandels an den Ortsrändern den Bestand der wenigen, noch verbliebenen innerstädtischen Einkaufsmärkte wieder ein Stück mehr gefährdet. Direkte Auswirkungen dürfte die Erweiterung des alten Lidl zu einem „Mega-Markt“ auch auf die Bemühungen haben, in der Bürgermeister-Klingler-Straße in Mörfelden einen Nachfolger für den ehemaligen Netto-Markt zu finden. Ob sich hier jemals wieder ein Nahversorger ansiedelt, erscheint inzwischen immer fraglicher. Ein Discounter mit einer die Konkurrenz weit übertreffenden Verkaufsfläche wird künftig auch vermehrt Kunden aus dem Stadtteil Walldorf anziehen und damit zum unnötigen Anwachsen des innerstädtischen Verkehrs beitragen.



Ende 2015 war auch der Netto in der Bgm.-Klingler-Straße in Mörfelden zu. Wieder ein innerstädtischer Einkaufsmarkt weniger. Der Leerstand im Gebäude wird immer größer.



Trotz angeblich guter Umsätze hat Netto seinen Markt in der Kelsterbacher Straße 2013 geschlossen. Man hatte ja die neue Filiale am Ortsrand (Vitrollesring). Leidtragende waren besonders die älteren und weniger mobilen Menschen aus den umliegenden Wohnvierteln.



Immerhin scheint der Bestand des ‚kleinen‘ Rewe-Marktes in der Farmstraße 31 in Walldorf vorerst gesichert. Wie auf eine Anfrage der GRÜNEN zu erfahren war, hat Rewe dort seinen Mietvertrag kürzlich um fünf Jahre verlängert.

Ordnungswidrigkeit wegen ein paar Blümchen

City Gardening auf öffentlichem Weg

Um das an ihr Grundstück angrenzende Mühlpfädchen in Mörfelden optisch und ökologisch aufzuwerten, hatte eine Anwohnerin kleine blühende Pflanzen an den Wegrand gesetzt. Dafür musste von ihr zuvor das hohe Gras, das jeden Sommer dort üppig wuchert und das Radfahren und Gehen erschwert, entfernt werden.

Völlig unverständlich reagierte das städtische Bauamt auf diese Initiative der Anwohnerin mit Androhung einer strafbewehrten Ordnungswidrigkeitsanzeige wegen Beschädigung der wassergebundenen Wegdecke. Erst durch den Protest zahlreicher Bürger und die Berichterstattung in der lokalen Presse ließ die Stadtverwaltung von ihrem Vorhaben ab und toleriert vorerst die Bepflanzung.

Die GRÜNEN fordern, dass Strafandrohungen bei Pflanzungen im öffentlichen Raum zukünftig unterlassen werden und Bürger stattdessen bei ihrem Engagement von der Stadt unterstützt und gefördert werden. Das haben SPD, FW und FDP allerdings prompt abgelehnt.



Hüft Hohes Gras behindert Fußgänger und Radfahrer (oben), Blumen am Rand des Mörfelder Mühlpfädchen (unten)



Rudi Schmidt gestorben

Er war einer der Gründerväter des GRÜNEN Ortsverbandes Mörfelden-Walldorf im Jahre 1980: Rudolf ‚Nick‘ Schmidt aus Mörfelden, seit der Startbahn-Zeit Mitglied der GRÜNEN Partei, ist am 30.10.2016 unerwartet im Alter von 73 Jahren verstorben.

Nick war für die GRÜNEN aktiv als erster Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN Bürgerliste von 1981 bis 1985, gehörte dem Haupt- und Finanzausschuss und der Stadtwerke-Kommission sowie dem Kreistag Groß-Gerau an. Er organisierte die Wahlkämpfe und prägte die Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei in dieser Zeit.

Die GRÜNEN sind in Gedanken bei seiner Frau Ulrike und den vier Kindern.



Eine weitere Baumpflanzaktion der Ahmadiyya-Gemeinde in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt der Stadt am alten Grillplatz Walldorf: 5 Eichen wurden hier von dieser pakistanischen Religionsgemeinschaft gesetzt und finanziert.

GRÜNER Ortsverbandsvorstand im Amt bestätigt: Katharina Kunz, Benjamin Friedrich und Hella Winkler (v.l.n.r.) bei der gut besuchten Mitgliederversammlung des GRÜNEN Ortsverbandes am 29. September 2016.



CETA und TTIP: Entmachtung der Parlamente

Geheimverhandlungen der EU Kommission

Die Verträge des Freihandelsabkommens zwischen EU und Kanada (CETA) bzw. den USA (TTIP) in ihrer bisher ausgehandelten Form sind nicht zu akzeptieren. Dank der Wallonen kam zwar Bewegung in die Verhandlung mit Kanada im Bezug auf die internationale Schiedsgerichte, aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Denn mit Demokratie hat das alles nichts mehr zu tun, wenn aus drei Personen bestehende private Schiedsgerichte nationales Recht und Gesetze außer Kraft setzen dürfen. Diese nichtöffentlichen Schiedsgerichte sollen allein über der Einfuhr von gentechnisch erzeugten Nahrungsmitteln, Hormonfleisch, Fracking, Privatisierung der öffentlichen Grundversorgung (z.B. Trinkwasser, ÖPNV, Gesundheitswesen) usw. entscheiden. Konzerne bekommen Sonderklagerechte und können gegen Staaten vorgehen, wenn sie sich durch Gesetze, Richtlinien etc. in ihrer Gewinnerwartung eingeschränkt fühlen. Es spricht nicht für die Spitze unserer Regierung, dass Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel für CETA und TTIP werben. Die Bürger dürfen es nicht zulassen, dass die eigene Regierung die Demokratie aufgibt und die Macht in die Hände international operierender Konzerne legt.

Die GRÜNEN stehen diesen Freihandelsabkommen kritisch gegenüber. Die Verhandlungen laufen ohne demokratische Kontrolle hinter verschlossenen Türen und die mögliche Unterwanderung der deutschen Justiz durch internationale Schiedsgerichte sind die Hauptkritikpunkte der GRÜNEN.



Vinsonstraße



*Kein schlechter Platz für eine Waldkita:
Der ehemalige Grillplatz Walldorf*

Eine tolle Idee: Initiative Waldkindergärten in Mörfelden-Walldorf

In einer Zeit, in der nachfolgende Generationen oft nur noch wenige Kenntnisse über Natur und Umwelt haben, weil die Auswahl an multimedialer Unterhaltung reizvoller erscheint, besinnen sich manche Eltern auf sinnvollere Werte. Natur- und Waldkindergärten gibt es schon 100fach in Deutschland, auch in vielen Kommunen im Rhein-Main-Gebiet. Sie arbeiten nach dem Motto: „Es gibt kein schlechtes Wetter, nur schlechte Kleidung“. Wir haben mit Jessica Döring von der Initiative Waldkindergärten Mörfelden-Walldorf gesprochen und möchten hier diese begrüßenswerte Initiative vorstellen.

Wie hat man sich einen Waldkindergarten vorzustellen?

Der Waldkindergarten ist ein Kindergarten ohne Wände und Türen. Die Betreuung findet in und mit der Natur statt. Für extreme Wetterverhältnisse steht ein Bauwagen oder eine Schutzhütte zur Verfügung, die zudem Sammelort für Ankunft und Abholung ist. Es sind feste Rituale im Kindergartenalltag vorgesehen. Nach dem Morgenkreis bricht die Gruppe gemeinsam mit dem Erzieher und Pädago-

ge an vorher ausgesuchte Plätze im Wald auf, um das freie und auch angeleitete Spielen zu praktizieren. Es werden dabei z.B. Bäume und auch Tiere beobachtet und anhand von Bestimmungsbüchern kennengelernt. Benötigte Materialien wie z.B. Schnitzwerkzeug oder Kletterseile werden im Handwagen durch die pädagogischen Fachkräfte ebenso wie ein Handy für Notfälle und Erste-Hilfe-Päckchen mitgeführt. Gegessen wird ebenfalls im Wald. Die Kinder sind entsprechend der Jahreszeiten gekleidet. Die Gruppenstärke kann 15 bis 20 Kinder betragen.

Was machen die Kinder dort?

Sie erkunden die umliegende Natur und erleben die Elemente hautnah z.B. Feuer machen, im Bach spielen und Dämme bauen, die Erde fühlen und riechen, mit Matsch spielen und sie können die eiskalte Luft an einem Wintermorgen einatmen. Durch das Berühren, Fühlen und Riechen wird beim Kind ein Umweltbewusstsein geschaffen woraus später das Verantwortungsgefühl für eben diese erwächst. Sie DÜRFEN anfassen und riechen und ausprobieren, denn Lernen erfolgt durch

eigene Erfahrungen. Sie nehmen die selbst gegrabenen Löcher als Anlass um einen Kaufladen zu eröffnen und miteinander zu feilschen, aber auch das Löcher in die Luft starren ist Teil des Kindergartenalltags. Kinder dürfen sich ihrer eigenen Bedürfnisse bewusst werden und sie ausleben.

Sind die Kinder immer in freier Natur?

Ja, jeden Tag, bei jeder Jahreszeit. Ausnahmen sind extremste Wetterlagen wie Sturm oder Starkregen bzw. Tiefsttemperatur. Wenn für solche Situationen auch der Bauwagen als Schutz nicht reichen sollte, kann auf umliegende Gebäude zurückgegriffen werden, als Notunterkunft. Dies kann Kinder die Chance die unterschiedlichen Wetterlagen in all ihren Sinnen wie Riechen, Sehen, Fühlen und Hören wahrzunehmen und sich selbst darin wieder zu finden. Sich als Gast im Wald empfinden und als Teil eines Ganzen. Das stärkt die Konzentration und sensibilisiert den eigenen Körper. Es werden aber auch Ausflüge in die Schwimmhalle, zu Märkten oder Bauern, zur Feuerwehr, in die Stadtbücherei und vieles mehr angeboten und durchgeführt.

Was sind die Vorteile einer solchen Kindergarten-Form?

Kinder bewegen sich in der freien Natur viel besser. Am Beispiel: Da der Boden nie ebenmäßig ist, wie in geschlossenen Räumen, wird der Gleichgewichtssinn ständig gefördert. Spielen und lernen ohne die Umgrenzung von Mauern und in der Weite des Waldes, begrenzt das Aggressionsverhalten und lässt viele Konflikte gar nicht erst entstehen. Zudem entwickeln Kinder ganz intuitiv bereits in jungen Jahren ein Bewusstsein für ökologische Zusammenhänge. Durch den ständigen Aufenthalt an der frischen Luft sind die Kinder gesünder und widerstandsfähiger gegen Infektionskrankheiten. Die Unfallhäufigkeit in Waldkindergärten wird durch den angeleiteten Umgang mit der Natur reduziert und achtsamer wahrgenommen. Die Tatsache, dass hauptsächlich Naturmaterialien und wenig vorgefertigtes Spielzeug zur Verfügung steht, führt dazu, dass bei den Kindern Kreativität und Fantasie gefördert werden sowie die Kommunikation untereinander angeregt wird. Die Aufmerksamkeit, die auf jeden einzelnen liegt, ist durch die kleine Gruppenstärke sehr viel höher als in Regelkindergärten. Den Kindern wird größtmöglicher Freiraum zur Entdeckung gegeben und durch das Beobachten der pädagogischen Fachkräfte kann eine Verstärkung des Kindespotenzials durch gezieltes Anleiten erreicht werden.

Ab welchem Alter können Kinder teilnehmen?

Mit Vollendung des 3. Lebensjahres

Können Eltern sich einbringen?

Das ist sogar erwünscht, um eine Identifikation mit der Betreuungsform herzustellen und ihr Verantwortungsgefühl gegenüber ihren Kindern weiterleben zu können. Wir möchten von den kulturellen Einflüssen der Eltern profitieren und wünschen uns eine rege Einbindung. Es ist entscheidend, dass das Konzept des Waldkindergartens von der Elternschaft mitgetragen wird und in Konsequenz eine Bereitschaft zur Mitarbeit besteht und die Jahreszeitenfeste mitgefeiert und vorbereitet werden.

Welchen Standort könnte man sich vorstellen?

Der Standort sollte walddah mit all seinen Facetten und unterschiedlichen Waldplätzen zur Sinneswahrnehmung der Kinder gewählt werden und gut erreichbar sein für die bringenden und holenden Eltern mit alternativen Fahrzeugen wie Bus und Fahrrad sowie für Fahrgemeinschaften. Der ehemalige Grillplatz im Stadtwald Mörfelden-Walldorf OT Walldorf bietet dafür eine gute Möglichkeit.

Aktuell finden regelmäßige Treffen statt, um weitere interessierte Eltern zu finden und die Idee möglichst bald zu verwirklichen.

Die Kontaktadresse lautet:

**Initiative Waldkindergarten
Mörfelden-Walldorf**

**Jessica Döring/Carsten Schneider-Döring
Lortzingstr. 11**

64546 Mörfelden-Walldorf

0 61 05/3 40 14 48

E-Mail waldkiga-moewa@web.de

Die GRÜNEN begrüßen diese Initiative sehr. Wir bedanken uns bei Frau Jessica Döring für die Informationen und werden die Idee mit allen Kräften unterstützen.



*Waldkita „Die Wühlmäuse“ Nieder-Roden,
Waldkita Dreieich,
Kita „Waldgeister“ Groß-Zimmern
(von oben nach unten)*



*Naturnahes Idyll am Walldorfer Stadtrand:
Schafe grasen friedlich zwischen den beiden Stadtteilen und der Schäfer bekommt den
Umweltpreis der Stadt Mörfelden-Walldorf. Doch wenn es nach dem Willen der neuen
Koalition im Rathaus geht, sollen hier bald neue Baugebiete entstehen.*

Gefährliche Anbiederung an den Flughafen: Die Entfernung der Banner war nur der Anfang



Der neue Lärmschutz à la SPD und Freie Wähler (Fotomontage)

DIE GRÜNEN Mörfelden-Walldorf kritisieren die Flughafenpolitik der neuen Mehrheit im Stadtparlament scharf. Mit ihrem ersten inhaltlichen Antrag hatte die neue Koalition aus SPD, Freie Wähler und FDP im Stadtparlament am 12.07.2016 beschlossen, die Banner mit der Forderung nach einem echten Nachtflugverbot von 22–6 Uhr und einem Ausbaustopp des Flughafens aus der Stadt zu entfernen. Man wolle in Zukunft auf die Fraport zugehen und Kooperationsbereitschaft zeigen.

Stadt wird der FRAPORT ausgeliefert

Dies ist ein Einknicken vor den Interessen der FRAPORT, das ja auch entscheidend von den neuen neoliberal-konservativen Koalitionspartnern der SPD, den Freien Wählern eingefordert wird. Auf dem Altar des ständigen Wachstums wird nun der jahrzehntelange Kampf für die Erhaltung einer lebenswerten

Umwelt geopfert. Geschichtsvergessenheit und Betonpolitik der Sozialdemokratie feiert fröhliche Urständ.

Die BürgerInnen der Stadt Mörfelden-Walldorf und über lange Jahre auch ihre gewählten Vertreter waren nicht Gegner des Flughafens (viele Menschen aus der Stadt arbeiten dort), sondern hatten eine Haltung – auch stellvertretend für viele Menschen weit über die Region hinaus – gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch einen ungebremsten Ausbau.

Nachtflugverbot in Gefahr

Mit der Entfernung der Banner wird auch die bisher unwidersprochene Forderung nach einem echten Nachtflugverbot aufgegeben. Nach dem Wortlaut des Beschlusses ist nun jegliche Forderung gegenüber dem Flughafen in öffentlichen Räumen untersagt. Da jeder wisse, dass nach dem Ausbau vor dem Ausbau ist, befürchten die GRÜNEN, dass alle Hemmungen der Luftverkehrsindustrie bei fehlendem Widerstand fallen werden und eine Neubewertung der Nachtregelung droht. Darauf weisen auch die Kapazitätsprobleme des Bahnsystems hin, die bei der FRAPORT, der DFS und anderen beteiligten Institutionen als problematisch angesehen werden.

GRÜNE warnen vor neuem „Tor 31a“

Das Abhängen von ein paar Flughafenbannern war der frischgebackenen Koalition noch nicht genug. Ein weiteres Signal musste her, um Fraport ein für allemal klar zu machen, dass die Stadt Mörfelden-Walldorf nicht mehr die Hochburg des Widerstandes ist. Die Folge ist eine Betriebsstraße von Walldorf zum Flughafen durch den letzten Rest des Bannwaldes zwischen der nördlichen Stadtgrenze und dem Flughafen: Das Auslegen des „roten Teppichs“ für die Fraport. Die negativen Folgen wie massiver Durchgangsverkehr von LKW und PKW, nicht nur im Stadtteil Walldorf, sind im Hinblick auf einen dadurch erhofften Geldsegen völlig unwichtig.

Lärmschneise durch Walldorf

Die sogenannte Betriebsstraße stellt einen lang gehegten Traum der Fraport-SPD dar. Diese Straße, die bisher von den GRÜNEN verhindert werden konnte, ist nichts anderes als eine Einfallsschneise in die Airport City für Expeditionen, Lieferverkehr und Beschäftigte, Durchgangsverkehr zur Cargo City Süd und das neue Terminal 3 werde angezogen und künftig durch Walldorf geleitet.

Besonders verwerflich ist nach Ansicht der GRÜNEN, dass der für die BürgerInnen der Doppelstadt so wichtige Schutzstatus „Bannwald“ durch die eigene Stadtregierung ausgehebelt werden soll. Boden- und Verkehrslärm und Schadstoffeintrag werde in Walldorf noch stärker spürbar werden, wenn der letzte schmale Waldstreifen zwischen der Stadt und dem Flughafen abgeholzt ist.

Was macht der Bürgermeister?

Und da ist ein Bürgermeister, der mit Schulterzucken die Stimmen der Mörfelden-WalldorferInnen, die ihn hier vor drei Jahren gerade wegen seines bis zur Wahl im März 2016 klaren Nein zum weiteren Ausbau gewählt haben, mitnimmt zu den neuen Freunden. Er müsste sich, wenn er sich selbst und sein politisches Mandat ernst nehmen würde, dem Konflikt mit den neuen Partnern und vor allem seiner eigenen Fraktion stellen.

In der Presse war bereits zu lesen, dass Heinz-Peter Becker vielleicht kein weiteres Mal als Bürgermeisterkandidat für die SPD antritt. Als wahrscheinlichste Nachfolger gelten das langjährige FRAPORT-Aufsichtsratsmitglied und Stadtverordnetenvorsteher Werner Schmidt und der derzeitige Fraktionsvorsitzende Alexander Best, ebenfalls bei FRAPORT im Sold. Der Interessenkonflikt liegt auf der Hand.

Sollen wir solchen Politikern die Gespräche mit dem Flughafen in den kommenden Jahren überlassen, fragen die GRÜNEN.



Weniger Sozialwohnungen als erwartet Neue Koalition steckt zurück

Eine der großen Aufgaben für Kommunen im Rhein-Main-Gebiet ist es, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Besonders der Kreis Groß-Gerau ist seit Jahren ein sog. „Zuzugsgebiet“. Auch die Flüchtlingsunterbringung bleibt am Ende eine kommunale Aufgabe, allein 2016 sollen Mörfelden-Walldorf nach dem Verteilerschlüssel des Kreises 336 Personen zugewiesen werden. Zudem haben derzeit über 200 Familien in der Stadt Anspruch auf eine Sozialwohnung und stehen auf der Warteliste. Außerdem verschärft sich das Problem, da 72 ältere Sozialwohnungen in Mörfelden-Walldorf im Jahr 2017 aus der Sozialbindung herausfallen.

Geplantes Wohnungsbauprogramm 2015

Um das Problem anzugehen, hatte die damalige rot-grüne Koalition Anfang 2015 vielfältige Pläne entwickelt, um kurzfristig bis zu 130 Wohneinheiten – teils sogar in Eigenregie – zu errichten. Förderprogramme für den kommunalen Wohnungsbau standen inzwischen zur Verfügung.

Kaum 50 Wohnungen bleiben übrig

Doch der neuen Mehrheit im Parlament fehlt offensichtlich der Mut zum entschlossenen Handeln. SPD, Freie Wähler und FDP stecken zurück, reduzieren die Pläne oder streichen einige Projekte vollständig.

Beispielsweise das Bauvorhaben in der Siemensstraße. Im letzten Jahr hatte das Stadtparlament noch einstimmig den Aufstellungsbeschluss für die Errichtung von 12–14 Wohnungen gefasst. Jetzt wurde das Projekt ohne nachvollziehbare Begründung sang-



Auf diesem städtischen Grundstück in der Siemensstraße in Mörfelden hätte die Stadt 12–14 Sozialwohnungen errichten können. Daraus wird nun nach dem Willen der neuen Koalition nichts; das schon lange brachliegende Grundstück gilt als schwer vermarktbare und wird wohl weiter als Baulager zweckentfremdet vermietet werden müssen.

und klanglos von der neuen Koalition beerdigt und andere Projekte auf die lange Bank geschoben. Damit bleiben neben einigen schon fertigen Projekten nur 30 Wohnungen auf dem Festplatz Mörfelden und neun Wohneinheiten in der Heidelberger Straße übrig.

Ein äußerst schwaches Ergebnis, da nicht einmal den Wegfall der Sozialwohnungen im nächsten Jahr ausgleicht. Wenn man ihren

Koalitionsvertrag genauer liest, setzen SPD und Freie Wähler offensichtlich auf die Ausweisung neuer Baugebiete ‚auf der grünen Wiese‘ statt vorhandene Baulücken zu nutzen. Dass dies einen Planungshorizont von bis zu 10–15 Jahren mit sich bringt und Sozialwohnungen in Neubaugebieten aufgrund hoher Entwicklungskosten kaum zu verwirklichen sind, wird sicher ein weiterer ‚Lernprozess‘ für die Neulinge bedeuten.

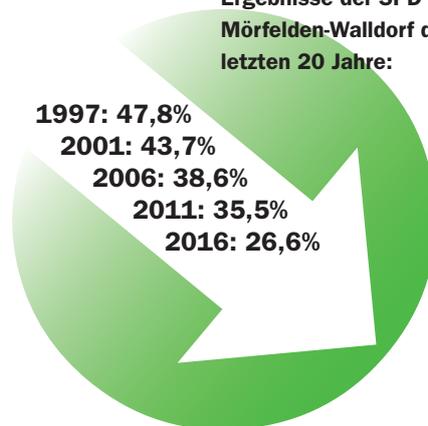
Machterhalt um jeden Preis

Der Abwärtstrend der SPD

Es war schon fast ein unfreiwillig komischer Redebeitrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Best bei der Aussprache zum „Banner-Antrag“. Bei der Stadtverordnetenversammlung am 12.7.16 im Rathaus Walldorf demonstrierte er, ob gewollt oder ungewollt, warum die hiesige SPD seit Jahren den Rückhalt ihrer Wähler verliert: Es fehlt ihr an Orientierung und Glaubwürdigkeit.

Alexander Best machte in nur wenigen Minuten deutlich, was mit der SPD in Mörfelden-Walldorf nicht stimmt. Er erklärt schulterzuckend, dass, wenn eine linke Mehrheit für eine Koalition zustande gekommen wäre, die SPD weiterhin eine Politik gegen den Flughafen betrieben hätte. Dies sei nun aber nicht mehr der Fall. Weshalb die SPD schlicht und einfach ihre jahrzehntelange Haltung zum Flughafen ändere. Es ginge um den Machterhalt und als stärkste Fraktion müsse man sehen wo man bleibt. Die SPD scheint zu übersehen, dass genau darin ihr Problem besteht. Wenn alle Prinzipien und Haltungen einer Partei davon abhängen, mit wem man gerade koalitiert, verliert man nicht nur seine Stammwähler, sondern auch an Glaubwürdigkeit.

Die Kommunalwahl-Ergebnisse der SPD in Mörfelden-Walldorf der letzten 20 Jahre:



Warum sollte man die SPD wieder wählen, wenn sie Ihre Politik nicht nach ihren Überzeugungen, Zielen und ihrem Wahlprogramm ausrichtet, sondern einzig und allein nach dem Machterhalt.

Eine SPD, die sich wie eine Fahne im Wind dreht, wird weiter an Stimmen verlieren. Es fehlt ihr an Charakter und Glaubwürdigkeit und diesmal werden sie die Schuld nicht bei den GRÜNEN suchen können.

Griff in die Taschen der Bürger

Neue Koalition langt zu: 33% mehr Grundsteuer ab 1.1.2017

Die neue Koalition aus SPD, Freie Wähler und FDP will die Grundsteuer B um 195 auf 790 Prozentpunkte anheben. Für jeden Bürger, sei es Hauseigentümer oder Mieter, bedeutet das, dass er 33% mehr Grundsteuer bezahlen muss. Für ein Einfamilienhaus ergibt sich danach ein Jahresbetrag von etwa 420,- Euro für ein Zweifamilienhaus sind es etwa 600,- Euro. Insgesamt soll die Steuererhöhung 2,1 Millionen Euro mehr in die Stadtkasse spülen.

Wir sagen dazu:

Diese Erhöhung für vollkommen unnötig. Der aktuelle Haushalt 2016, der noch vom GRÜNEN Kämmerer erarbeitet wurde, beweist, dass man mit dem bisherigen Satz der Grundsteuer auskommen und sogar Überschüsse erzielen kann. Die Finanzlage der Stadt war in diesem Jahr geprägt durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer von über 2,5 Mio. aufgrund der Anhebung des Hebesatzes und fast 2 Mio. Mehreinnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich der Landes. Dies sollte

eigentlich für den strengen Entschuldungspfad des RP in 2017 reichen.

Natürlich müsste weiterhin gelten:

- Stetige Sparanstrengungen bei den Sachausgaben
- Höheres Kostenbewusstsein der Ämter
- Weitere Strukturverbesserungen bei der Verwaltung

Die neue Koalition betreibt jedoch Haushaltspolitik auf Kosten der Bürger – entgegen aller vollmundiger Versprechen beispielsweise der Freien Wähler vor der Wahl. Eine Erhöhung der Grundsteuer ist durch nichts zu rechtfertigen – sie ist ein unverschämter Griff in die Taschen des Bürgers.

Kaum an Frechheit zu überbieten ist zudem die Ankündigung der Koalition, die Grundsteuer zur Bürgermeisterwahl wieder etwas senken zu wollen. Voller Dankbarkeit sollen die Bürger dann wieder einen SPD-Bürgermeister wählen?

Über die Umwelt soll nicht mehr geredet werden

Umweltausschuss kurzerhand abgeschafft

Als eine ihrer ersten Maßnahmen hat die neue Koalition aus SPD, Freien Wählern und FDP in Mörfelden-Walldorf einen ganzen Ausschuss abgeschafft. Sie macht damit deutlich, dass man sich um Sachgebiete wie Natur- und Klimaschutz, Wasser und Abwasser, Abfallwirtschaft, Wald, Strom- und Gasnetze, Schadstoffe, Luftreinhaltung, Straßen- und Fluglärm in Zukunft nicht mehr kümmern will. Die GRÜNEN sehen darin einen deutlichen Hinweis für eine rückwärtsgerichtete Politik dieser Koalition für die nächsten 5 Jahre. Eine solche Entscheidung wird dieser Stadt und ihren Bürgern nicht gerecht.

Gerade aktuell stehen eine Vielzahl wichtiger Umwelt-Themen zur Entscheidung an: beispielsweise der Ausbau der Kläranlage Mörfelden, ein Großprojekt von 30 Mio. Baukosten, das in den nächsten Jahren intensiv begleitet werden muss, die Beratung des neuen Forsteinrichtungswerks, das für die nächsten 10 Jahre abgeschlossen wird, die Weiterentwicklung der Netzeigentumsgesellschaft im Strom- und Gasbereich, Verbesserungen beim Abfallkonzept, das bei Bürgern immer wieder auf Kritik stößt, der Lärmaktionsplan für die Bundesstraßen oder die jährlich wiederkehrenden Wirtschaftspläne für Stadtwerke und Stadtwald, um nur einiges zu benennen. Auch ist der Fluglärm nicht plötzlich verschwunden, bloß weil die neue Koalition nicht mehr darüber reden will.

Der große Umfang der Themen in der Umweltpolitik benötigt einen Fachausschuss, in dem die Mitglieder bereit sind, sich zu spezialisieren und in die verschiedenen Bereiche einzuarbeiten. In der Vergangenheit hat der Umweltausschuss aufgrund der Themenfülle oftmals länger getagt als Bauausschuss oder Sozialausschuss. Es ist völlig illusorisch zu glauben, dass all dies zukünftig als Anhängsel an einen anderen Ausschuss sachgerecht behandelt werden kann. Auch das Argument, Einsparungen erzielen zu wollen, greift nicht wirklich, da gleichzeitig die verbleibenden Ausschüsse vergrößert wurden.



Haushalt 2016 mit Überschuss

Der letzte Haushalt, den Franz Urhahn als städtischer Kämmerer zu verantworten hatte, war zugleich sein Bester. Den Haushalt für 2016 hatte noch die frühere grün-rote Koalition im Dezember 2015 aufgestellt und damit endlich den Lohn für die jahrelangen Bemühungen zur Verbesserung der Finanzen einfahren können.

Stetige Sparanstrengungen, Kostenbewusstsein und Strukturverbesserungen bei der Verwaltung hatten dazu geführt, dass erstmals seit langem ein mehr als ausgeglichener Haushalt mit einem leichten Überschuss von 400.000 € vorgelegt werden konnte.

Wie sich jetzt im Jahresverlauf zeigt, sind die Planzahlen valide, d.h. der Plan hält!

Besonders die Anhebung der Gewerbesteuer zum 1.1.14 trägt nun Früchte – mit der bei dieser Steuer üblichen und zu erwartenden Verzögerung von 2 Jahren. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer belaufen sich lt. Stadtverwaltung derzeit auf 18,9 Mio. € und liegen damit um über 2 Mio. über der Planung. Das lässt zum Jahresende einen noch größeren Überschuss erwarten! Auch die Investitionen des Jahres 2016 in Höhe von 1,4 Mio. € waren solide finanziert, d.h. dass in gleicher Höhe Kredite getilgt wurden und die Verschuldung nicht steigt.

Schon in den Jahren 2012 bis 2014 konnte Franz Urhahn übrigens Schulden in Höhe von 5,5 Mio. Euro abbauen. Die GRÜNEN sind gespannt, wie die zukünftigen Haushalte der Stadt ohne ihn aussehen werden.

Vier Dezernenten sind jetzt zu bezahlen

Die neue Koalition treibt's immer bunter. In den nächsten Jahren sind in Mörfelden-Walldorf vier Hauptamtliche bzw. Dezernenten vom Steuerzahler zu finanzieren. Neben dem Bürgermeister und dem neuen 1. Stadtrat der Freien Wähler schlägt auch noch der FDP-Mann Seinsche, der für einen Tag Arbeit in der Stadtverwaltung pro Woche entlohnt werden muss, zu Buche. Der Vierte ist natürlich der bisherige 1. Stadtrat, dessen Amtszeit noch bis 2019 reicht und solange 71 % seiner Stadtratsbezüge erhält.

Was kommt nach Franz Urhahn?

Neokonservative Politik in der Stadt

Der 1. Stadtrat Franz Urhahn ist im Weg, er muss weg. So lautet der Beschluss der neuen Mehrheit im Stadtparlament. Seine Sozialpolitik, der Kitausbau, die hohe Betreuungsqualität, seine Flughafenpolitik, sein Einsatz für das Nachtflugverbot, die Erhaltung des Waldes bei Sehring, aber offensichtlich auch seine erfolgreiche Haushaltssanierung passen nicht ins Weltbild von SPD, Freien Wählern und FDP.

So kommt es nun zu einem klaren Wortbruch der Freien Wähler, die vor der Wahl noch die Stelle des Ersten Stadtrats als überflüssig bezeichnet hatten. Nun soll der Posten schnellstmöglich mit den FW-Chef Burkhard Ziegler besetzt werden. Dieser Wählerbetrug wird von den Freien Wählern einfach als „Lernprozess“ bezeichnet, die 200.000,- € Mehrkosten stören die neue Koalition offensichtlich nicht.

Der von den FW groß angekündigte Neustart der Politik in Mörfelden-Walldorf endet schon nach wenigen Monaten als Rohrkrepierei. Die von den FW postulierte „neue Form parlamentarischer Zusammenarbeit, auch über Koalitions- und Oppositionsgrenzen hinweg“ scheint – auch nach dem Zusammenstreichen der Sitze von DKP und GRÜNEN in Ausschüssen und Magistrat – schon wieder beendet. Die CDU zeigt sich als Steigbügelhalter der

neuen Mehrheit und verhilft der Koalition zur notwendigen Stimmenzahl und damit zu Zieglers Durchmarsch ins Rathaus. Wobei die Frage offen bleibt, was die Christdemokraten dafür bekommen.

Die SPD hatte nach der Kommunalwahl die GRÜNEN als Schuldigen ihrer Wahlniederlage ausgemacht. Dabei scheint ihnen zu entgehen, dass ihr seit 20 Jahren andauernder Wählerrückgang viel eher damit zusammenhängt, dass die führenden Köpfe der SPD nicht mehr rot, sondern schwarz sind. Fraport hat bei der SPD das Zepter übernommen.

Die Kommunalwahl hätte mit einer rot-rot-grünen Mehrheit auch eine andere Lösung und damit eine Fortsetzung der sozialen und ökologischen Politik ermöglicht. Doch haben die neokonservativen Kräfte, die diese Stadt jetzt regieren, verhindert. Die Bürger werden die Folgen dieser Richtungsentscheidung schmerzhaft spüren.

Die GRÜNEN stellen sich abschließend die Frage, welches Wahlversprechen die Freien Wähler als nächstes über Bord werfen. Beispielsweise die versprochene Haushaltssanierung ohne Steuererhöhungen? Vielleicht auf Kosten der Kinderbetreuung und des Personalschlüssels? Eins wissen wir heute schon: Dass sie es wieder mit einem Lernprozess begründen werden.

Neuer Stil im Stadtparlament?

Kein schöner Umgang mit der Opposition

Ein Frischer Wind sollte her in der politischen Kultur in Mörfelden-Walldorf, so hatten es die neue Partei „Freie Wähler“ versprochen. Der neue Stil im Stadtparlament sollte zu einer Zusammenarbeiten auch über Koalitions-grenzen hinweg führen, frei von Ideologien und parteipolitischen Interessen. Leider stellt sich diese Behauptung nach nun mehr als einen halben Jahr als falsch heraus. Ganz im Gegenteil, der Umgang vor allem mit der Opposition ist rauer geworden. Der angekündigte frische Wind erweist sich damit als Anfang einer Eiszeit zwischen Koalition und Opposition.

Es dauerte es nur wenige Wochen nach der Wahl um zu erkennen, wie der neue Umgang aussieht. Die neue Koalition aus SPD, FW und FDP ist nur auf ihren eigenen Vorteil ausgerichtet. Eine Verkleinerung des Magistrats wurde beschlossen; „zufällig“ verlor dadurch die DKP/LL einen ihrer Magistratssitze, mit der Begründung, man wolle die Gremien schlanker gestalten. Einige Wochen später wurde allerdings die Brandschutzkommission vergrößert, den neuen Sitz erhielt der Koalitionspartner FDP. Nach Abschaffung des Umweltausschusses wurden die verbliebenen

>>>

Ausschüsse so ungeschickt erweitert, dass nun drei Stadtverordnete gar keinem Ausschuss mehr angehören können, „zufällig“ hat es dabei zwei GRÜNE getroffen.

Selbst bei Themen, bei denen die Koalition mit der Opposition einer Meinung ist, kommt keine Zusammenarbeit zustande. Zur Frage, ob die Bertha-von-Suttner-Schule wieder eine Büste der Namensgeberin bekommen könnte, entstand ein Antrag der GRÜNEN und DKP/LL. Alle Parteien des Stadtparlaments wurden angefragt, ob sie einem gemeinsamen Antrag unterstützen würden. Die Antwort der Koalitionsparteien war ein klares Nein. Verwundert waren wir GRÜNEN dann, als wenige Tage später ein Antrag der Koalition mit gleichem Inhalt auftauchte. Dasselbe passierte der CDU-Fraktion mit einem Antrag zu Tempo 30. Die Koalition lehnte eine Zusammenarbeit ab, um später einen Antrag einzubringen mit demselben Inhalt, gerne auch einfach mit geklauten Formulierungen.

Hinzu kommt die Zensur zum Thema TTIP. Ein Antrag zum Beitritt der Stadt Mörfelden-Walldorf zu einem Städtebündnis gegen TTIP kam erst gar nicht zur Diskussion. Der Tagesordnungspunkt wurde kurzer Hand mit den Stimmen der Koalition von der Tagesordnung genommen. Die Begründung einer Rechtsauskunft dazu lautete, TTIP sei für die Stadt nicht relevant und dürfe deshalb nicht behandelt werden. Seltsam, da bereits viele Städte europaweit diesem Bündnis beigetreten sind.

Das Zusammenlegen des Umweltausschusses mit dem Bauausschuss führte bisher dazu, dass die Sitzungen entweder viel zu lang wurden oder Themen nicht ausdiskutiert werden konnten. Die Folge sind wiederum lange Debatten in der Stadtverordnetenversammlung, was bereits zu einer Sondersitzung führte und im November bereits eine weitere angesetzt ist.

Dies sind nur einige Beispiele der neuen politischen Kultur in Mörfelden-Walldorf. Die Koalition verweigerte – entgegen ihrer Ankündigung – die Zusammenarbeit selbst bei unstrittigen Themen. Die GRÜNEN haben schon längst den Wintermantel rausgekratzt, während wir in einer weiteren Sondersitzung bis spät in die Nacht sitzen dürfen.



Auf dem Gebiet der Stadt Mörfelden-Walldorf stehen 2.460 Hektar Wald, das sind 55 % unserer Gemarkung.

Was ist uns der Wald wert? Forsteinrichtungswerk 2015–2024 beschlossen

In der Stadtverordnetenversammlung ging es kürzlich um den 10 Jahresplan zur Entwicklung und Bewirtschaftung unseres Stadtwaldes. Dabei wurde von der neuen Koalition und der CDU ein Eiertanz aufgeführt, der angesichts des hohen Wertes des Waldes als Lebensraum, für die Naherholung und für den Klimaschutz unwürdig war.

Besonders Werner Schmidt (SPD) und die Vertreter der CDU drängten darauf, den Einschlag drastisch um etwa 20 % zu erhöhen, um damit Geld zu verdienen. Ohne jede Sachkenntnis glaubte man, den Haushalt der Stadt retten zu können, indem man mehr Bäume fällt.

Dies ist angesichts des tatsächlichen Defizits in diesem Bereich mehr als lächerlich. Zur Information: Die Pflege unseres Waldbesitzes kostet Mörfelden-Walldorf jährlich ca. 10.000,- €. Die Stadt hat nur einen relativ kleinen kommunalen Waldbesitz von 489 Hektar. Diesen gilt es zu hegen und zu pflegen, Bäume nachzupflanzen, die Wege in Ordnung zu halten oder auch die Sicherheit zu gewährleisten, falls alte Bäume oder trockene Äste herabzustürzen drohen.

Wald ist der beste Klimaschützer

Den Wert des Waldes im hochbelasteten Rhein-Main-Gebiet kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Nur ein Beispiel: Unser kleiner Stadtwald entnimmt mit seinem jährlichen Holzzuwachs 4.480 Tonnen CO₂ aus der Luft und bindet das meiste davon dauerhaft.

Diese Menge entspricht dem CO₂-Ausstoß von 32 Mio. Kfz.-Kilometern. Umgerechnet heißt das: Er neutralisiert damit den CO₂-Ausstoß von 10 % aller Kraftfahrzeuge in Mörfelden-Walldorf.

Der Zuwachs bei Bäumen und Sträuchern ist ein hervorragendes lokales Mittel gegen den Klimawandel und für eine bessere Luftreinhaltung – und äußerst günstig obendrein. Und übrigens viel wirkungsvoller und billiger als jede Solaranlage auf dem Dach oder jedes aufwendig gedämmte Haus.

Holzeinschlag weiter gesenkt

Das funktioniert aber nur, wenn deutlich mehr Wald nachwächst als eingeschlagen wird. Dem trägt die neue Forsteinrichtung, die in den letzten 2 Jahren erarbeitet wurde, nun Rechnung. Hier wird der ohnehin zurückhaltende Holzeinschlag der letzten Jahre weiter reduziert. Zum Schluss hat auch die neue Koalition kapiert, dass es vorteilhafter ist, weniger Bäume zu roden. Es trägt sogar zur Wirtschaftlichkeit bei, denn als nachhaltig zertifiziertes Holz ist besser verkäuflich und die höheren sog. Ökopunkte sind bei anderen städtischen Bauvorhaben (z.B. der neuen Kläranlage) bares Geld wert.

Das neue Forsteinrichtungswerk wurde mit den Stimmen der GRÜNEN und der neuen Koalition beschlossen, nur CDU und DKP stimmten nicht dafür. Wir GRÜNE freuen uns über einen weiteren „Lernprozess“ der neuen Parlamentsmehrheit.

Herausgeber:

Ortsverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Mörfelden-Walldorf

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Stadtparlament

Auflage: 15.000

Kontaktadressen:

Stadtteil Mörfelden: Katharina Kunz, Darmstädter Str. 18
Stadtteil Walldorf: Hella Winkler, Emil-von-Behring-Str. 18
Fraktionsvorsitz: Dr. Richard Lehner, Hintergasse 2

E-Mail: gruene-fraktion-mw@hotmail.de

B'90/DIE GRÜNEN OV Mörfelden-Walldorf

www.gruene-mw.de

Mitarbeit an dieser Zeitung: Andrea Winkler, Benjamin Friedrich,
Rüdiger Warlich, Andrea Pons, Josef Ban, Katharina Kunz, Thomas Winkler